

Gemeinde Aumühle

Berichtsvorlage 12/052/2016	AZ:	06.05.2016
Status voraussichtlich: öffentlich Sichtbarkeit im Internet: öffentlich	Federführend:	Fachdienst I,1 - Zentrale Dienste
Wiederkehrende Beiträge - Straßenunterhaltung - Antrag der SPD-Fraktion		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
19.05.2016	Gemeindevertretung Aumühle	Entscheidung

Sachverhalt:

Siehe Anlage

Anlage/n:

- Email Antrag der SPD-Fraktion
- Zeitungsartikel

Datum:	Unterschrift:
--------	---------------

Ruß

Von: Bgm Aumuehle
Gesendet: Mittwoch, 4. Mai 2016 08:57
An: Ruß
Betreff: WG: Gemeindevertretersitzung

Guten Morgen Frau Ruß,

hier der Antrag der SPD-Fraktion zum TOP 16 - wiederkehrende Beiträge -.

Gruß

Giese

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Uwe Edler [<mailto:uedler@aol.com>]
Gesendet: Dienstag, 3. Mai 2016 21:45
An: Bgm Aumuehle
Betreff: Gemeindevertretersitzung

Lieber Herr Giese,
Die SPD- Fraktion stellt den Antrag , für die nächste GV den Punkt STRASSENBAU -
Wiederkehrende Beiträge auf die Tagesordnung zu setzen.
Mit freundlichen Grüßen
Uwe Edler

Bgm Aumuehle

Von: Klaus Baumann <mail@klaus-baumann.de>
Gesendet: Dienstag, 26. April 2016 11:14
An: BU Leddin; Günther Spillner; Kaspar von Wedel; 'Knut Suhk'; 'Tilman Rohling'; 'Torsten Gräper'; Bgm Aumuehle; wolf.schaettgen@t-online.de; Rolf; Bargon
Betreff: FA-Sitzung 10. Mai
Anlagen: WiederkehrendeBeiträgeGlindeBZ.pdf

Liebe Kollegen,

das Thema wiederkehrende Beiträge ist schon mehrfach angesprochen worden. Im Anhang ein Artikel aus der Bergedorfer Zeitung vom 16. April, wonach Glinde ernstlich erwägt, dieses System einzuführen.

Ehe Aumühle nach über 20 Jahren (Bismarckallee) wieder Straßenausbaubeiträge erhebt, sollten wir uns noch einmal gründlich beraten lassen. Geht man von rund 1000 Gndstücken und einer durchschnittlichen Größe von 1000 Quadratmetern aus, würden sich die Beiträge auf rund 1 Million Quadratmeter verteilen. Bei 0,25 Euro pro Quadratmeter kämen rund 250.000 Euro jährlich zusammen. Mit dem Gemeindeanteil hätten wir also etwa 400.000 Euro pro Jahr zur Verfügung und könnten das Programm des Umweltausschusses in 10 bis 15 Jahren abarbeiten, wobei der einzelne Grundstücksbesitzer mit 250 bis 500 Euro pro Jahr dabei ist. Das dürfte für viele besser zu schlucken sein, als 10-tausend oder mehr auf einen Sitz. Wir sollten also ernstlich überlegen, ob wir wie Glinde eine solche Informationsveranstaltung organisieren sollten, damit die GV danach eine fundierte Entscheidung treffen kann.

Sollte dieses Thema noch nicht auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Finanzausschusses sein, bitte ich im Namen der SPD-Fraktion darum, es noch aufzunehmen.

Bis dann, herzlichen Gruß

Klaus Baumann

--

Klaus Baumann
mail@klaus-baumann.de
Tel.: +49 4104 2485

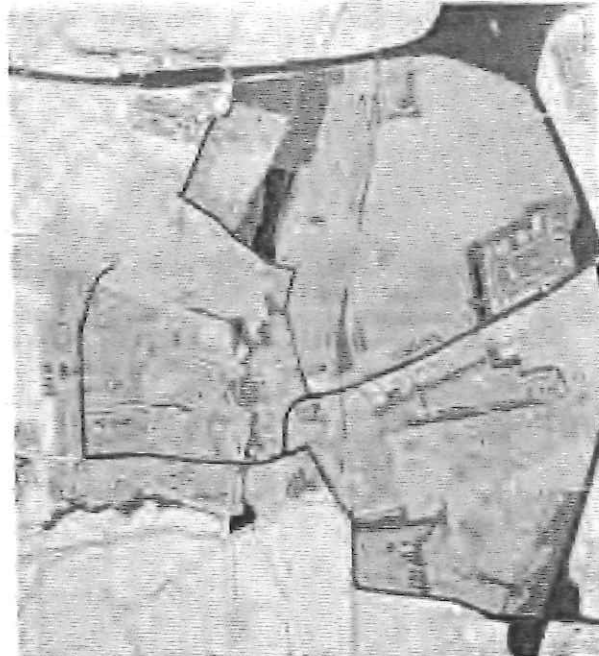
Glinde Bürger sollen anders zahlen

STRASSENBAU Politiker erwägen Systemwechsel: Wiederkehrende kleine statt hohe einmalige Beiträge

Von Susanne Tamm

Glinde. Sie verstehen es, ein sperriges, aber wichtiges Thema informativ und sogar unterhaltsam zu präsentieren: Dr. Gerd Thielmann, Rechtsanwalt und Referent für wiederkehrende Beiträge (WKB) in Rheinland-Pfalz, und Reimer Steenbock, Verwaltungsexperte der Gesellschaft für Kommunalberatung und -entwicklung (Gekom) in Reinbek, haben jetzt dem Bauausschuss und etwa 70 interessierten Bürgern das System der wiederkehrenden Beiträge für den Straßenausbau erläutert. „Der Umstieg wäre schon eine Zäsur für die Stadt und muss auf einer fundierten Basis beruhen“, erklärte Bürgermeister Rainard Zug vorab.

Während Reimer Steenbock die Unterschiede zum aktuellen System aufzeigte, erklärte Gerd Thielmann die Vor- und Nachteile der WKB, die Rheinland-Pfalz 1986 als erstes Bundesland eingeführt hat. Aktuell legt Glinde Investitionskosten für einzelne Straßen anteilig auf die ansässigen Grundeigentümer um. „Unterhaltungskosten sind auch beim neuen System nicht beitragsfähig, es gibt also keine Mehreinnahmen“, betonte Steenbock. Auch künftig werde die Stadt ihren Anteil tragen. Je nach Satzung, die die Politik beschließt, beträgt der mindestens 15, der der Zahler höchstens 85 Prozent.



Auf dieser Karte sind die möglichen Abrechnungsgebiete für wiederkehrende Beiträge im Straßenausbau verzeichnet: Im Wesentlichen sind es zwei große Gebiete (grün + gelb) sowie drei weitere kleinere (türkis und rosa für Gewerbegebiete sowie mint für den Schleenweg im Süden). Grafik: Gekom

Bei den WKB wird der Bürgeranteil jedoch nicht nur auf die Bewohner einer Straße, sondern auf ein gesamtes Abrechnungsgebiet verteilt. Diese werden etwa durch Wasserläufe, Eisenbahnlinie oder Autobahnen, aber auch die K 80 getrennt. Steenbock schlug zwei größere und drei kleinere vor, die nur von

außen erreichbar sind (Foto oben). So würden die Kosten auf bis zu 2500 Zahler und auf bis zu fünf Jahre verteilt. Deshalb sind für WKB mehrjährige Investitionsprogramme notwendig, etwa ein Straßensanierungskonzept. Verwaltung und Politik können also nicht mehr von Jahr zu Jahr, sondern nur langfristig planen.



Gerd Thielmann erläutert Vor- und Nachteile der wiederkehrenden Beiträge. Fotos: Tamm



Reimer Steenbock präsentiert einen Entwurf für mögliche Abrechnungsgebiete.

Bei der Einrichtung des Systems werden Bürger, die gerade erst gezahlt haben, mit Verschonungsregeln bedacht, etwa für 20 Jahre. Gerd Thielmann unterstrich, er sei nicht als „Missionar“ gekommen: „Es gibt kein objektiv besseres oder schlechteres System.“ Jedes habe auch Nachteile, sei auch verfassungsgemäß.

Dennoch wurde deutlich: Sein Herz schlägt für die wiederkehrenden Beiträge. Er führte ihre Vor- und Nachteile auf: So entfällt die hohe einmalige Belastung für die Anwohner und Kredite könnten meist vermieden werden. „Die jährlichen Beiträge sind meist zwei- bis dreistellig und gehen in den Rechnungen zum Jahreswechsel eher unter“, berichtete er von seinen Erfahrungen. Außerdem sei die Verteilung gerechter, die bisherige Einstufung in Anlieger-, Durchfahrts- und Hauptverkehrsstraßen gehe in einem Mittelwert auf. Zudem müssten auch Anwohner von Kreis-, Landes- und Bundesstraßen zahlen.

Nur bei der Einführung gebe es manchmal Probleme mit der Akzeptanz – „aber nach drei Jahren redet darüber kein Mensch mehr“, sagte Thielmann. Außerdem sei auch der Verwaltungsaufwand zuerst sehr hoch, dann aber eher geringer. Der Umstieg aber müsse wohl durchdacht sein: Die Rückkehr zum alten System sei mit einer Ehe vergleichbar: „Die Scheidung ist möglich – kostet aber viel Nerven und Geld.“

Die Politiker nahmen sich diesen Rat zu Herzen. Ebenso wie unter den Zuhörern kam das Modell bei ihnen gut an. Die Politik beschloss jedoch einstimmig, das Thema noch bis 1. Juni in den Fraktionen ausführlich zu beraten.